



Bürgerliche wollen Gewissensprüfung wieder einführen

Ueli Maurer schlägt Alarm: Die Armee verliere zu viele Soldaten an den Zivildienst. Doch der Zivildienst-Leiter relativiert: Für eine Bilanz sei es viel zu früh.
Von **Markus Brotschi, Bern**

4328 Wehrpflichtige haben in den ersten acht Monaten 2009 um Zuteilung zum Zivildienst ersucht. Im ganzen Jahr 2008 wollten nur gerade 1946 Männer der Armee auf diesem Weg den Rücken kehren.

Der Grund für die massive Zunahme der Gesuche ist die Abschaffung der Gewissensprüfung. Seit dem 1. April 2009 reicht eine Unterschrift auf einem zweiseitigen Formular, um Zivil- statt Militärdienst leisten zu können. Im April machten über 1000 Männer davon Gebrauch. In den folgenden Monaten gingen die Gesuchszahlen zwar zurück, lagen aber deutlich über dem Stand vor der Gesetzesänderung.

Maurer: «Zahlen sind dramatisch»

Die Entwicklung hat Verteidigungsminister Ueli Maurer alarmiert. «Die Zahlen der ersten Monate sind dramatisch», liess er gestern über seinen Sprecher Sebastian Hueber ausrichten. Mit dem geltenden Gesetz lasse sich der Trend nicht stoppen. «Es braucht ein klares Signal: Alle jungen Männer müssen in die Armee.» Der Ball liegt für Maurer beim Parlament, das die Gewissensprüfung gestrichen hat.

Armeechef André Blattmann sprach in der «Mittelland Zeitung» von einer «Verhöhung der Wehrdienstleistenden». Armeeangehörige würden sich mit dem Gesuch für den Zivildienst mitten im Dienst

verabschieden. Truppenkommandanten berichten, dass Soldaten mit dem Zivildienst drohten, wenn sie einen Urlaub nicht bekämen oder Sonntagswache schieben müssten. Andere drückten sich so von der Unteroffiziersschule. Bundesrat Maurer sagte dazu gestern in «iovorio»: «Während einer Dienstleistung sollte ein Gesuch nicht möglich sein.»

Bürgerliche Sicherheitspolitiker wollen die Gewissensprüfung bereits wieder einführen. Der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter hat eine entsprechende parlamentarische Initiative eingereicht. Unterschrieben wurde sie von 50 Nationalräten, auch solchen der FDP und der CVP. Diese Parteien haben im Gegensatz zur SVP die Abschaffung der Prüfung befürwortet. Die Mitglieder der Sicherheitskommission sehen aber ihre Befürchtungen bestätigt, dass der leichtere Zugang zum Zivildienst die Wehrpflicht untergräbt.

«So weit hätte man es gar nie kommen lassen dürfen», wettet Edi Engelberger (FDP, NW). Pius Segmüller (CVP, LU) beunruhigen nicht nur die Zahlen, sondern die Motive, aus denen sich Männer aus der Armee verabschiedeten. Die aufwendige Gewissensprüfung vor einer Kommission will Segmüller jedoch nicht wieder einführen. Er und andere Unterzeichner der Initiative denken an eine Verlängerung des Zivildienstes vom Eineinhalb- auf das Zweifache des Militärdienstes.

Samuel Werenfels, Leiter der Vollzugsstelle Zivildienst, ist zwar überrascht von der starken Zunahme. Er rechnete mit 2500 Gesuchen für 2009. Von schnellen Gesetzesänderungen hält er aber nichts. «Fünf Monate Beobachtungszeit sind für eine vertiefte Analyse viel zu wenig.» Er

verweist darauf, dass unter den Gesuchstellern viele Soldaten seien, die einen grossen Teil ihrer Dienstpflicht bereits absolviert hätten. Sie nehmen in Kauf, dass die restliche Dienstzeit im Zivildienst 1,5-mal länger ausfällt als in der Armee.

Dies widerspricht der Darstellung aus Armeekreisen, die Zunahme gehe vor allem auf Drückeberger zurück, denen schon eine Sonntagswache zu viel ist. Ob jemand bereits nach der Einreichung des Gesuches heimgeschickt wird, liegt laut Werenfels im Ermessen eines Kommandanten. Laut Gesetz muss der Wehrpflichtige erst aus der Armee entlassen werden, wenn er die Zulassung zum Zivildienst hat.

Kritik der Linken an der Armee

SP-Sicherheitspolitikerin Evi Allemann hat kein Verständnis für die Klagen aus der Armee. Nach wie vor sei der Zivildienst beschwerlicher, weil er 1,5-mal so lange dauere wie der Militärdienst. Wer dies auf sich nehme, sei motiviert, einen Einsatz für die Gesellschaft zu leisten. «Wenn für motivierte Leute die Armee nicht mehr attraktiv genug ist, muss sich die Armee fragen, ob ihre Ausrichtung zeitgemäss ist.» Auch eine Verlängerung der Zivildienstpflicht hält Allemann für verfehlt. Im Gegenteil: «Die heutige Ungleichbehandlung mit dem eineinhalbfachen Dienst muss mittelfristig verschwinden.» Die Armeeführung und ihre parlamentarischen Vertreter hätten den Zivildienst nie als echten Ersatz respektiert, kritisiert die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA). «Deshalb verhöhnt Blattmann die Abschaffung der menschenrechtlich unhaltbaren Gewissensprüfung.»